

Save the date!
10.09.23

Tag der
**OFFENEN
TÜR**
Mehr Infos
auf Seite 10

**ZEITUNG DES PARLAMENTS DER
DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**
AUSGABE NR. 6 – SEPTEMBER 2023



PARLAMENT

THEMEN - FAKTEN - MEINUNGEN

AKTUELL

► 50 Jahre Autonomie - ein Rückblick

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird in diesem Herbst 50 Jahre jung. Am 23. Oktober 1973 fand am Kaperberg in Eupen die konstituierende Sitzung statt. 50 Jahre danach blicken wir auf die gewachsene Autonomie zurück und wagen einen Ausblick in die zukünftige Gestaltung Ostbelgiens. Bereits vor einigen Monaten sind die Abgeordneten in verschiedenen ostbelgischen Ortschaften in den Dialog mit der Bevölkerung getreten. Wir haben zugehört und erfahren, wo der Schuh drückt. Ein weiterer interessanter Austausch hat mit den neun Gemeinde- und ÖSHZ-Räten stattgefunden. Geplant sind im Herbst Dialoge mit Einrichtungen und Verbänden. Ziel des Austauschs ist es, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und mit Verantwortlichen auf allen Ebenen einen Blick auf unsere Autonomie zu werfen und diese durchaus auch kritisch zu beleuchten. Ein 50-jähriges Jubiläum muss auch gefeiert werden. Am Sonntag, 10. September laden

wir Sie, liebe Leserinnen und Leser, zu einem Tag der offenen Tür an den Platz des Parlaments nach Eupen ein. Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen. Fraktionen, Abgeordnete und Verwaltung präsentieren sich von ihrer besten Seite und haben ein abwechslungsreiches Programm vorbereitet. Wir laden ein zu einer Schnitzeljagd für Groß und Klein auf dem „Weg eines Dekrets“ und organisieren Gesprächsrunden mit Abgeordneten. Zudem präsentieren sich alle Dienste und Fraktionen des Parlaments. Unser Haus ist ein Ort der Begegnung und der politischen Bildung, in dem der Dialog an oberster Stelle steht. In diesem Sinne freue ich mich, dass die am permanenten Bürgerdialog in der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger über ihre Erfahrungen berichten und das Modell vorstellen.

Im Parlament wird die Ausstellung „Inside – Out Ostbelgien“ zu sehen sein. Darin wirft die New Yorker Fotografin Ashley Joanna einen unbefangenen Blick

auf ihre Wahlheimat und geht der Frage nach, was Ostbelgien so lebenswert macht. Gleichzeitig möchte ich Ihnen die Karikaturenausstellung mit Zeichnungen von Robert Maaswinkel und Annette Müllender im benachbarten Rundfunkgebäude ans Herz legen. Es lohnt sich, einen humorvollen Rückblick auf 50 Jahre Autonomie zu werfen!

Das Funkhaus öffnet ebenso seine Türen wie die benachbarte Feuerwehr. Auch hier bieten sich spannende Einblicke. Nicht zuletzt bedanke ich mich bei den Ehrenamtlichen von Lovos, die Getränke anbieten, und bei den Animatorinnen von Ocarina, die eine Kinderanimation organisieren.

Es erwartet Sie ein abwechslungsreiches Programm. Wir wünschen Ihnen einen guten Aufenthalt. Seien Sie willkommen!

Charles Servaty
Parlamentspräsident



© A. Müllender

Eine Auswahl an Karikaturen aus 50 Jahren Autonomie

Die Karikatur setzt sich mit einem gesellschaftlichen oder politischen Thema auseinander und stellt dieses in übertriebener Weise dar. Charakteristische Eigenschaften von Menschen, Dingen und Situationen werden ins Komische und Humoristische gesteigert.

Annette Müllender und Robert Maaswinkel haben in ihren Zeichnungen die Politik in Ostbelgien meisterhaft aufs Korn genommen. Aus zahlreichen Motiven, die die beiden Karikaturisten dem Parlament zur Verfügung gestellt haben, zeigt die Ausstellung eine Auswahl von über 50 Zeichnungen. Die erste Karikatur datiert aus dem Jahr 1980 und zeigt das Schreckgespenst der Weißwähler, die letzte aus dem Jahr 2023 befasst sich mit dem Präsidentenwechsel im Parlament. In 50 Jahren parlamentarischer Arbeit ergaben sich viele Gelegenheiten, zur Feder zu greifen und Themen anzupacken. Wahlkämpfe, Finanzfragen, die vierte Region oder der neue Parlamentssitz boten die Gelegenheit, sich auf humorvolle Weise mit der ostbelgischen Politik zu befassen. Der kleine Fingerzeig darf dabei natürlich nicht fehlen.

Es lohnt sich, einen Blick in das BRF-Foyer zu werfen. Am 10. September öffnen Parlament und BRF ihre Türen. Ab diesem Zeitpunkt wird die Ausstellung während der Öffnungszeiten des Rundfunkhauses zu sehen sein. Am Mittwoch, 18. Oktober findet zum Abschluss eine Finissage statt.

Vor 50 Jahren

Zwei entscheidende Daten:

10. Juli 1973 und **23. Oktober 1973**

Belgien ist ein Föderalstaat, der sich aus drei Gemeinschaften (der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Flämischen Gemeinschaft und der Französischen Gemeinschaft) und drei Regionen (der Wallonischen Region,

der Flämischen Region und der Brüsseler Region) zusammensetzt. (Artikel 1 der Belgischen Verfassung).

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist die Volksvertretung des kleinsten belgischen Teilstaates, setzt sich aus 25 direkt gewählten Vertretern zusammen und wird alle fünf Jahre vollständig erneuert. (Auszüge aus dem Gesetz vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft)

Bevor es zu dieser Anerkennung kam, war ein längerer Prozess erforderlich, den wir kurz skizzieren.

1963 wurde Belgien in Sprachgebiete eingeteilt. Die deutsche Sprache wurde offiziell anerkannt. 1970 erfolgte dann die Einteilung des Landes in drei Kulturgemeinschaften. Ziel war es, den Flamen, Französischsprachigen und Deutschsprachigen eigene politische Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten. Dafür wurden Kulturräte geschaffen. Der niederländische Kulturrat und der

französische Kulturrat nahmen 1970 ihre Arbeit auf. Sie setzten sich aus der niederländischen bzw. französischen Sprachgruppe des nationalen Parlaments zusammen. Die Deutschsprachigen mussten noch bis zum Jahr 1973 warten, bis ein Rat der deutschen Kulturgemeinschaft, kurz RdK, geschaffen wurde. Zusammengesetzt war der erste Rat aus 25 Vertretern der deutschsprachigen Parteien, im Proporz zu deren Ergebnissen bei vorhergegangenen Wahlen.

Die Arbeit des Parlaments – vielfältig und facettenreich

DEKRETE VERABSCHIEDEN

Das Parlament legt in allen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Grundregeln in Form von Gesetzen fest. Diese Gesetze nennt man „Dekrete“. Die Dekrete gelten im deutschen Sprachgebiet, das sich aus den neun Gemeinden (Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach, Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren und St. Vith) zusammensetzt.

Das Parlament verabschiedet Dekrete in folgenden Bereichen (vereinfachte Auflistung):

- „**kulturelle Angelegenheiten**“:
Kunst und Kultur, Museen, Medien, Bibliotheken, Jugend, Erwachsenenbildung, Sport, Schutz der deutschen Sprache;

- „**personengebundene Angelegenheiten**“:
Gesundheit (inkl. Krankenhausbau), Familien, Soziales, Menschen mit Beeinträchtigung, Integration, Senioren, Jugendschutz, Justizhäuser;

- **Unterricht und Ausbildung**:
Unterrichtsprogramme, Dienstrecht, Studienbeihilfen, Schulbauten, Schülertransport, Berufsausbildung, Forschung, Sprachgebrauch;

- **Denkmal- und Landschaftsschutz sowie Ausgrabungen**;

- **Tourismus**;

- **Beschäftigung**:
Arbeitsbeschaffung, Berufsberatung, Beschäftigungshilfen für Betriebe, Kontrolle der Zeitarbeitsagenturen;

- **Lokale Behörden**:
Organisation und Finanzierung der Gemeinden, Friedhöfe und Kirchenfabriken, Verwaltungsaufsicht, Interkommunales, Polizeizonen und Hilfeleistungszonen;

- **Raumordnung**:
Raumordnungs- und Flächennutzungspläne, Städtebau, Gewerbebezonen;

- **Wohnungswesen und Energiepolitik**:
öffentlicher Wohnungsbau, Wohn- und Energieprämien, Mietbeihilfen und Sozialkredite, Energieberatung;

- **Außenbeziehungen**:
Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften, den Regionen und dem Föderalstaat Belgiens, internationale Zusammenarbeit, Entwicklungszusammenarbeit.

Konkret: Seit Beginn der Legislaturperiode nach den Parlamentswahlen im Mai 2019 hat das Parlament insgesamt 117 Dekrete verabschiedet.

Wie entsteht ein Dekret?

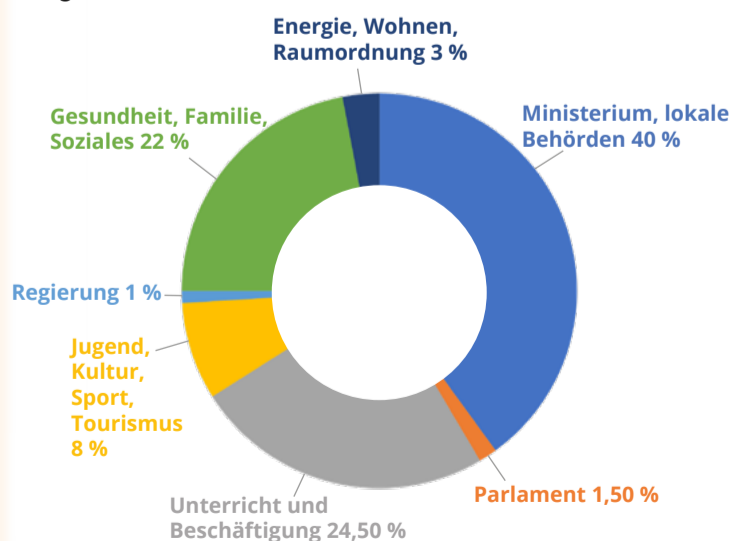


DEN HAUSHALTSPLAN VERABSCHIEDEN

Auf Vorschlag der Regierung verabschiedet das Parlament jährlich einen Haushaltsplan mit den zu erwartenden Einnahmen und den geplanten Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Damit legt das Parlament per Dekret fest, wofür die Regierung das zur Verfügung stehende Geld ausgeben darf. Nach Abschluss eines Haushaltsjahres legt die Regierung die Endabrechnung vor, in der dargestellt wird, welche Einnahmen und Ausgaben im vergangenen Jahr tatsächlich verbucht worden sind.

Konkret: Die Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden für das Jahr 2023 auf knapp 920 Millionen geschätzt.

Ausgaben 2023



PETITIONEN VON BÜRGERN BEARBEITEN

Die Petition ist eines der Instrumente direkter Bürgerbeteiligung und für das Parlament ein wichtiger Gradmesser.

Petitionen

Jeder Bürger hat das Recht, sich einzeln oder gemeinsam mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden in Form einer Petition an das Parlament zu wenden. Berücksichtigung finden allerdings nur Petitionen zu Fragen, die in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen. Die Petitionen werden in den Fachausschüssen besprochen. Die Autoren der Petitionen werden dort auch angehört. Wenn der Ausschuss der Meinung ist, dass die Bitte oder Beschwerde gerechtfertigt ist, kann der Ausschuss die Regierung auffordern, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Ist der Ausschuss hingegen der Meinung, dass die Bitte oder Beschwerde nicht gerechtfertigt ist, schließt er die Akte.

Bereits am 10. März 1974 kam es zur ersten Direktwahl des RdK. Der RdK hatte in den Sachgebieten die gleiche Zuständigkeit wie die beiden anderen Kulturräte. Allerdings hatte er lediglich beratende und verordnende Gewalt. Die Befugnis, Gesetze zu verabschieden, erhielt der Rat erst am 30. Januar 1984 auf Grundlage eines Gesetzes vom 31. Dezember 1983. Fortan hieß er dann auch Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft. 2004 wurde aus dem „Rat“ das „Parlament“.



Am **10. Juli 1973** wurde das Gesetz über den Rat der deutschen Kulturgemeinschaft verabschiedet. Der für die kulturellen Angelegenheiten des deutschen Sprachgebiets zuständige Minister beauftragte für den **23. Oktober 1973** die erste Sitzung des Rates ein und beauftragte den für „die Ostkantone“ zuständigen Staatssekretär Willy Schyns damit, die Amtseinführung vorzunehmen. Erster Ratspräsident wurde damals Johann Weynand.

Das Buch – **Parlamentarische Ereignisgeschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (1973-2023) - Eine Dokumentation** – wird ab dem 24. Oktober 2023 im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhältlich sein.

Mehr Infos zur Bestellung finden Sie unter www.pdg.be oder per Telefon 087 / 31 84 00.



DIE REGIERUNG WÄHLEN UND KONTROLLIEREN

Regierungsbildung

Nach den Parlamentswahlen führen die im Parlament vertretenen Fraktionen Gespräche zur Bildung einer sogenannten „Koalition“, die von einer Mehrheit der Abgeordneten gestützt wird. Im Anschluss wählt das Parlament eine Regierung. Die derzeitige Koalition wird aus den Abgeordneten der ProDG-, der SP- und der PFF-Fraktion gebildet. Die Regierung umfasst 4 Minister. Die Abgeordneten der CSP-, der VIVANT- und der ECOLO-Fraktion gehören hingegen nicht der Mehrheit an. Sie bilden die sogenannte „Opposition“.

Regierungskontrolle

Die Regierung ist vor dem Parlament politisch verantwortlich, d. h. dass die Parlamentarier die Handlungen, Unterlassungen und Aussagen der Minister kontrollieren. Dies tun die Abgeordneten im Wesentlichen dadurch, dass sie Interpellationen (= große Anfragen), mündliche oder schriftliche Fragen stellen, auf die die Minister antworten müssen. Die Fragen und Antworten sowie die diesbezügliche Aussprache werden im „Bulletin der Interpellationen und Fragen“ veröffentlicht.

Wenn eine Mehrheit der Abgeordneten mit der Politik der Regierung oder einzelner Minister nicht einverstanden ist, können sie einen sogenannten „Misstrauensantrag“ im Parlament hinterlegen. Wird dieser Antrag vom Parlament angenommen, muss die Regierung oder müssen einzelne Minister zurücktreten. Die Regierung kann ihrerseits die sogenannte „Vertrauensfrage“ stellen, um sich zu vergewissern, dass eine Mehrheit der Abgeordneten ihre Politik unterstützt.

Konkret:
Seit Beginn der Legislaturperiode nach den Parlamentswahlen im Mai 2019 stellten die Parlamentarier:
- 31 Interpellationen,
- 346 schriftliche Fragen,
- 1.391 mündliche Fragen.
(Stand: 30.06.2023)

VERTRETER IN ANDERE GREMIEN BEZEICHNEN

Das Parlament entsendet Vertreter in andere Parlamente (z. B. den Senator der Deutschsprachigen Gemeinschaft) und in innerbelgische und internationale Gremien (z. B. Vertreter im Benelux-Parlament, in der Euregio Maas-Rhein und der Großregion). Diese Vertreter werden von der Plenarversammlung gewählt.

Konkret:
Gregor Freches – Gemeinschaftssenator
Patricia Creutz-Vilvoye – Benelux-Parlament
Charles Servaty und Liesa Scholzen – Großregion
Charles Servaty, Sandra Houben-Meessen, Gregor Freches und Liesa Scholzen – Euregio Maas-Rhein

THEMEN BEARBEITEN UND MEINUNGEN ÄUSSERN

Im Parlament können Themen, die eine gesellschaftspolitische Bedeutung für Ostbelgien haben, zur Sprache kommen. Im Anschluss an diese Debatten verabschiedet das Parlament oftmals Resolutionen oder Stellungnahmen, in denen politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen oder Absichten formuliert werden. Häufig wenden sich diese Beschlüsse an die Regierung oder aber an die Behörden, die für die Regelung der besprochenen Angelegenheit zuständig sind.

Beispiele aus der laufenden Legislaturperiode: Resolution zur Senkung der Energiekosten (19.06.2023), Resolution zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger und lokaler Bankdienstleistungen (23.05.2022), Resolution zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsprodukten (28.06.2021), Resolution zur COP26-Klimakonferenz in Glasgow im November 2021 (20.09.2021), Resolution zur Aufwertung des im Pflegesektor tätigen Personals (27.04.2020), Resolution zur Optimierung der Schülerbeförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (10.12.2019)

Kleines Parlamentslexikon:

Ausführlicher Bericht: Im Ausführlichen Bericht werden alle Wortmeldungen der Abgeordneten und der Minister während einer Plenarsitzung festgehalten und veröffentlicht.

Ausschüsse: In den Ausschüssen versammelt sich eine begrenzte Anzahl von Abgeordneten, um die Beschlüsse der Plenarversammlung zu bestimmten Themen vorzubereiten. Die Ausschüsse versammeln sich in der Regel wöchentlich. Zurzeit gibt es 4 ständig tagende Fachausschüsse:
- Ausschuss 1 für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit,
- Ausschuss 2 für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung,
- Ausschuss 3 für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung,
- Ausschuss 4 für Gesundheit und Soziales.

Fraktion: Eine Fraktion ist der Zusammenschluss von mehreren Abgeordneten zu einer Gruppe, um die parlamentarische Arbeit besser gestalten zu können. In der Regel handelt es sich um Mitglieder derselben politischen Partei.

Geschäftsordnung: Die Geschäftsordnung regelt die Arbeitsweise und die innere Organisation des Parlaments. Sie wird von der Plenarversammlung beschlossen.

Koalition: Eine Koalition ist ein zeitlich begrenztes Bündnis von zwei oder mehreren Parteien, um im Parlament eine Mehrheit zu stellen. Die Koalitionsparteien stellen üblicherweise die Minister. Kann eine Partei bei Wahlen mehr als 50 % der Wählerstimmen erringen, wird eine Koalition im Prinzip hinfällig.

Legislaturperiode: Die Legislaturperiode ist die Zeitdauer, für die ein Abgeordneter gewählt worden ist. Die Abgeordneten des PDG werden für fünf Jahre gewählt. Die nächsten Wahlen finden am 9. Juni 2024 statt.

Plenarversammlung: Die Plenarversammlung (oder „Plenum“) ist die Versammlung, an der in der Regel alle 25 Abgeordneten des Parlaments teilnehmen. Dort werden alle wichtigen Entscheidungen des Parlaments getroffen. Die Plenarversammlungen sind öffentlich und werden im Internet live ausgestrahlt.

Zuständigkeiten: Zuständigkeiten (oder auch „Kompetenzen“) sind Politikbereiche, für die eine Behörde entscheidungsbefugt ist. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist z. B. zuständig für das Unterrichtswesen.

Die Fraktionen

50 Jahre Autonomie sind ...



Freddy Cremer
Fraktionsvorsitzender
ProDG



... der Weg der politischen Emanzipation und der Identitätsfindung der deutschsprachigen Belgier. Vor drei Jahren erinnerten wir an die 100-jährige Zugehörigkeit der Ostkantone zu Belgien. Die ersten fünf Jahrzehnte (1920 bis 1973) waren geprägt von großen Spannungen in der Zwischenkriegszeit und leidvollen Erfahrungen in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit. Erst in den 60er-Jahren entstand in Ostbelgien ein neues politisches

Bewusstsein. Als am 23. Oktober 1973 zum ersten Mal der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK) tagte, wurde ein neues Kapitel ostbelgischer Geschichte aufgeschlagen. Seitdem wurden in einem dynamischen Prozess von sechs großen Staatsreformen und durch Verhandlungen mit der Wallonischen Region die Befugnisse unserer Gemeinschaft immer weiter ausgebaut. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Selbstbewusst erheben wir

heute den Anspruch, ein gleichberechtigter Gliedstaat im belgischen Bundesstaat zu sein. Zu unseren politischen Forderungen zählen u. a. auch eine gesicherte Vertretung in der föderalen Abgeordnetenversammlung, der Respekt der deutschen Sprache als dritte Landessprache in allen Belangen und die Übernahme der Provinzbefugnisse.



Patricia Creutz-Vilvoye
Fraktionsvorsitzende
CSP



... ein langer Weg und eine Erfolgsgeschichte! Wer Autonomie fordert, muss nicht nur wissen, was auf ihn zukommt, sondern sich auch der Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen würdig erweisen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat sich Selbstständigkeit und die Möglichkeit, unabhängig zu handeln, langsam erarbeitet. Schnellschüsse und das Inkaufnehmen von Risiken waren nicht ihr Ding. Es ging – und es geht immer noch – darum, einen Mehrwert

für die hier lebende Bevölkerung zu schaffen und abzusichern. Standen am Anfang kulturelle Zuständigkeiten im Mittelpunkt, folgten im Laufe der Jahre immer umfangreichere Aufgaben, durch die wesentlich mehr Personal und Finanzen gebunden wurden. Dazu sind etwa das Unterrichtswesen, die Beschäftigung, die Gemeindeaufsicht, der Behindertenbereich und in jüngster Zeit der Wohnungsbau, die Raumordnung oder das Kindergeld zu zählen. Autonomie ist nicht mit Abkapselung zu

verwechseln! Es geht also nicht darum, alles selbst zu machen, sondern ggf. darüber zu entscheiden, was in Kooperation mit Partnern zu tun ist, um das Leben, Arbeiten und Wohnen in Ostbelgien angenehmer zu gestalten. Die ostbelgischen Christlich Sozialen (CSP) haben diese Autonomie von Beginn an gefördert und dabei geholfen, sie auszubauen. Dabei ist uns die Bindung zum Inland ebenso wichtig wie die Beziehung zu ausländischen Partnern oder zur europäischen Ebene.



Kirsten Neycken-Bartholemy
Fraktionsvorsitzende
SP



... 50 Jahre, in denen die Deutschsprachige Gemeinschaft immer Möglichkeiten erhielt, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, die Lebensbedingungen der Menschen in Ostbelgien zu verbessern und maßgeschneiderte Entscheidungen in immer mehr Zuständigkeitsbereichen zu treffen. In so unterschiedlichen Bereichen wie Kultur, Bildung, Sozialem und seit neuestem auch Raumordnung und

Wohnungsbau kann die Deutschsprachige Gemeinschaft gemeinsam mit den Gemeinden, der organisierten Zivilgesellschaft und der Bevölkerung bestimmen, wie sie den Herausforderungen unserer Zeit mit passgenauen Maßnahmen schnell und unkompliziert entgegentritt.

die guten Kontakte zu ihrer Mutterpartei im französischsprachigen Belgien und zu ihren Kollegen in Flandern eine wichtige Hilfe.

Die SP Ostbelgien hat maßgeblich zum Ausbau und zur Gestaltung der Ostbelgienautonomie beigetragen. Dabei waren



Michael Balter
Fraktionsvorsitzender
VIVANT



... ein guter Anlass, kritisch zu hinterfragen, was gut funktioniert und was man in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hätte anders, besser machen können. Denn Autonomie darf nicht zum Selbstzweck werden und Politik muss sich immer wieder auch selbst infrage stellen. Ziel muss es sein, echte Mehrwerte für die Bürger zu schaffen. Deshalb müssen sich Politik und Verwaltung Selbstbeschränkung auferlegen. Statt auf Omnipräsenz setzen wir auf

eine Politik, die einen guten Rahmen für die optimale Entwicklung der deutschsprachigen Bevölkerung Belgiens schafft, in dem sich Bürger und Unternehmen entfalten und die Zukunft unseres Gemeinwesens gestalten können. Die Politik darf nicht selbst zum Akteur und schon gar nicht zum Konkurrenten im gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Bereich werden. Leider ist sie das bereits viel zu häufig. Vivant wird weiterhin darauf achten, dass auch die

sogenannten „Investitionen in die Zukunft“ unserer Gemeinschaft einen echten Mehrwert schaffen und dass jeder Euro sinnvoll ausgegeben wird.



Freddy Mockel
Fraktionsvorsitzender
ECOLO



Die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat uns in Belgien als kleine Minderheit eine starke Position verschafft. In den letzten 50 Jahren wurde aus dem einstigen Kulturrat ein Parlament, das heute über eine bedeutende Anzahl von Zuständigkeiten entscheidet. Für Ecolo ist diese Autonomie kein Selbstzweck. Jeder Schritt hin zu mehr Autonomie, zu mehr Zuständigkeiten muss seine Machbarkeit und seinen Mehrwert beweisen.

Es liegt für uns auf der Hand, dass wir als Deutschsprachige Gemeinschaft nicht nur ein Sprachrohr für die Menschen sind, die im Gebiet deutscher Sprache leben, sondern auch die politische Vertretung einer Bevölkerung, die eine gute und zukunfts-gewandte Politik verdient. In diesem Sinne haben wir in den vergangenen 50 Jahren als Parlament die Kulturautonomie nicht nur als Fundament unserer Autonomie, sondern auch als einen Auftrag verstanden,

um ständig den Blick nach vorne zu richten, um Entscheidungen zu treffen, mit denen wir zukunftsgerichtet gestalten. Dies trifft besonders auf Bereiche wie Bildung und Raumordnung zu, in denen Entscheidungen nicht nur lange brauchen, bis sie wirken, sondern auch jahrzehntelang nachwirken, wenn sie einmal getroffen wurden.



Evelyn Jadin
Fraktionsvorsitzende
PFF



... selbst für einen noch jungen, europäischen Staat wie Belgien bereits eine lange Zeit. Die Autonomie hat sich als ein wesentliches Instrument erwiesen, um unsere Kultur, Sprache und Werte innerhalb der belgischen Landschaft zu bewahren. Sie ist eine wertvolle Gelegenheit, die es uns ermöglicht, unseren Weg zu gestalten und Entscheidungen zu treffen, die den spezifischen Bedürfnissen unserer Gemeinschaft entsprechen. Dank dieser Autonomie sind

wir in der Lage, unser eigenes Bildungssystem zu entwickeln, unsere sprachliche Identität zu stärken und unser reiches kulturelles Erbe zu fördern. Wir sind auch in der Lage, eine Politik zu betreiben, die auf unsere lokalen Bedingungen zugeschnitten ist, und so die Entwicklung unserer Region und das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Diese 50 Jahre der Autonomie sind von bedeutenden Errungenschaften und greifbaren Fortschritten

geprägt. Wir haben unsere lokale Demokratie gefestigt, unsere Regierungsführung gestärkt und starke Institutionen zur Vertretung unserer Interessen geschaffen. Wir haben Brücken zu anderen Gemeinschaften im Land errichtet und so den interkulturellen Dialog und die Zusammenarbeit auf föderaler Ebene gefördert.

Wichtige Errungenschaften ...

... gab es mit jeder Befugnisserweiterung. Die Übertragung des Unterrichtswesens (1989), der Beschäftigungspolitik (2000), der Aufsicht und der Finanzierung der Gemeinden (2005), der konstitutiven Autonomie (2014), der Raumordnung und des Wohnungswesens (2020) waren wichtige Meilensteine in der Autonomieentwicklung. Diese Befugnisübertragungen waren nie Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zweck. Die Autonomie gibt uns die

Instrumente in die Hand, um circa 79.000 ostbelgischen Bürgern und Bürgerinnen hunderte Dienstleistungen in deutscher Sprache anzubieten in den Bereichen Kleinkindbetreuung, Kultur, Sport, Jugend, Bildung, Medien, Gesundheit, Pflege, Senioren, Beschäftigung, Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigung, Integration, Tourismus, Raumordnung, Wohnungswesen, Energieprämien, Klimaschutz, ... Autonomie ist nichts Abstraktes.

Durch sie verfügen wir über die politischen Hebel, um in unserer Gemeinschaft konkrete Mehrwerte in allen Lebensbereichen zu schaffen. Zwischen Autonomie und breitem Dienstleistungsangebot besteht ein kausaler Zusammenhang. Wir wollen die uns übertragenen Zuständigkeiten nicht nur verwalten, sondern selbstbestimmend, innovativ und kreativ nach unseren Vorstellungen gestalten.

... zu beschreiben, wird dem Gesamt-rahmen nicht gerecht! Was wichtig ist, liegt im Auge des Betrachters. Sich auf einige wenige Punkte festzulegen oder zu beschränken, wird der Fragestellung also kaum gerecht. Unser Bildungswesen verfügt über motiviertes Personal, das unsere Kinder und Jugendlichen sehr gut ausbildet. Dass allerdings internationale Studien der Struktur unseres Bildungswesens ein eher schwa-

ches Zeugnis ausstellen und eine klare Unterscheidung der Aufgabenbereiche zwischen Regierung, Ministerium und Schulen fordern, darf nicht unerwähnt bleiben. Auch die Beschäftigungssituation ist als sehr gut einzustufen. Die Beschäftigungsrate in der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt in etwa auf dem gleichen Niveau wie in Flandern. Durch die Schaffung eines eigenen Arbeitsamtes und die maßgeschneiderte Vermittlung von Arbeitskräften

ist es uns gelungen, unseren Standort stabil zu halten.

Arbeiten zu gehen ist für Familien mit kleinen Kindern eine echte Herausforderung. Die in Ostbelgien geschaffenen Strukturen und Angebote der Kleinkindbetreuung sind im Vergleich zu unseren Nachbarn als exemplarisch einzustufen.

... gibt es viele in allen Zuständigkeitsbereichen. Die Bildungsangebote, die Betreuungsmöglichkeiten in den Krankenhäusern, Altenpflegezentren und Einrichtungen für Menschen mit einer Behinderung, die Dienstleistungen des Arbeitsamtes, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und der Verbraucherschutzzentrale, die Tourismusangebote, die Kulturstätten und Sportinfrastrukturen sowie die Kleinkindbetreuung und häuslichen Pflegedienste möchte ich

stellvertretend für viele andere Tätigkeitsbereiche zitieren, die aus einem halben Jahrhundert Autonomie großen Nutzen ziehen konnten.

Mir persönlich liegen die Errungenschaften besonders am Herzen, die zu mehr Gerechtigkeit im Unterrichtswesen beitragen. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden für die SP auch in Ostbelgien die Richtschnur unseres Handelns. Wir wollen, dass jeder Mensch von Geburt an die gleichen

Chancen hat. Jeder Ostbelgier soll in seiner Heimat gut und sicher leben können. An diesen Zielen müssen die Errungenschaften der Autonomie gemessen werden.

Von „Errungenschaften“ zu sprechen, ist vielleicht etwas zu weit gegriffen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist im Rahmen der verschiedenen Staatsreformen entstanden und hat nach und nach immer mehr Zuständigkeiten erhalten. Das ist sicherlich begrüßenswert. Das Gleiche gilt für die großzügige finanzielle Ausstattung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch den Föderalstaat, auch das sollte nie vergessen werden.

Leider hat die zunehmende Beschäftigung mit sich selbst auch zu einigen negativen Begleiterscheinungen geführt. Laut Aussage von Arbeitgebern sind die Französischkenntnisse von Schulabgängern und Auszubildenden der DG-Bevölkerung seit Jahren rückläufig. Man hat sich immer mehr von den frankofonen Nachbargemeinden entfernt, während die „kurzen Wege“ und die vielen Zuständigkeiten zu einer ungesunden Machtkonzentration in Eupen geführt

haben. Es gibt kein politisches Gegengewicht zum Machtapparat der Deutschsprachigen Gemeinschaft, auch nicht in den neuen Gemeinden. Hinzu kommt, dass der DG-Apparat samt Verwaltung längst den Fachkräftemangel verstärkt und in Konkurrenz zur Privatwirtschaft steht.

Vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, hat sich erst in den letzten 50 Jahren festigen können. So war es nicht immer selbstverständlich, seine Bildung in der Muttersprache erfahren zu können. In vielen Bereichen hat man die Mittel, die wir vom Föderalstaat und von der Wallonischen Region erhalten, genutzt, um Infrastrukturen neu zu schaffen oder zu erneuern. Man kann auch davon ausgehen, dass es ohne die Deutschsprachige Gemeinschaft

heute keine zwei Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mehr geben würde. Allgemein war es im sozialen Bereich, von der Kleinkindbetreuung bis zu den Wohn- und Pflegezentren für Senioren, ein Vorteil – aber auch manchmal ein Fluch –, dass für die Feldakteure die politische Entscheidungsebene nicht weit weg war. Bei allen Vorteilen einer Nähe der Entscheidungsebene sollten uns daher die Risiken einer solchen Situation immer bewusst

bleiben. In Zukunft wird es deshalb umso wichtiger sein, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht nach Antrag, sondern bedarfsgerecht entscheidet. Wir sollten auch darauf achten, nicht alle positiven Situationen und Entwicklungen nur auf die Handlungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zurückzuführen. Fünfzig Jahre Errungenschaften verleiten allzu oft dazu, ausgiebig Nabelschau zu betreiben.

Die Autonomie hat uns die Möglichkeit gegeben, eine auf unsere Region zugeschnittene sozioökonomische Politik zu entwickeln. Wir haben in die Infrastruktur, Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen investiert. Diese Anstrengungen haben dazu beigetragen, unsere lokale Wirtschaft anzukurbeln und die Lebensqualität unserer Bürger zu verbessern. Die Autonomie hat es uns auch ermöglicht, die Demokratie auf lokaler Ebene zu stärken,

indem wir starke Institutionen und Regierungsmechanismen geschaffen haben. Wir haben ein Parlament und eine Regierung eingesetzt, die die Interessen unserer Gemeinschaft vertreten und so eine bürgernähere Entscheidungsfindung fördern. Wir haben aktiv daran gearbeitet, starke Verbindungen zu anderen Gemeinschaften in Belgien aufzubauen, was zu fruchtbaren Partnerschaften in verschiedenen Bereichen geführt hat. Diese Errungenschaften

zeigen, dass wir in der Lage sind, verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen und unsere Zukunft als Deutschsprachige Gemeinschaft zu gestalten. Wir sollten stolz auf die Fortschritte sein, die wir in den 50 Jahren unserer Autonomie erzielt haben. Und wir sollten entschlossener denn je den Erhalt und Ausbau dieses Erfolgskonzepts vorantreiben.



In den kommenden Jahren ...



Freddy Cremer
Fraktionsvorsitzender
ProDG



... gilt es auch in unserer Gemeinschaft, große Herausforderungen, für die es keine fertigen Lösungen gibt, zu meistern, z. B. in den Bereichen Pflege und Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Umwelt- und Klimaschutz und im Bereich der Fachkräftesicherung. Ein halbes Jahrhundert ostbelgischer Autonomieentwicklung ist sicher ein gebührender Grund zu feiern. Es ist aber auch der geeignete Zeitpunkt für eine kritische Selbst-

reflexion und die Standortbestimmung. Die zentralen Fragen sind: „In welcher Gemeinschaft wollen wir morgen leben?“ und „Wie wollen wir das Zusammenleben von 79.000 Ostbelgiern gestalten?“ Aufbauend auf das erste regionale Entwicklungskonzept wird in einem breiten Beteiligungsprozess ein zweiter langfristiger Entwicklungsplan, ein politisches Navigationssystem, für die kommenden Jahrzehnte entwickelt. In dieser Entwicklungsstrategie

wird in vielen Bereichen die systematische Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den neun ostbelgischen Gemeinden eine zentrale Rolle einnehmen. Im Hinblick auf eine siebte Staatsreform fordert ProDG ein Föderalismusmodell, in dem alle Gliedstaaten auf Augenhöhe sind. Wir lehnen jedes föderalstaatliche Modell ab, in dem manche Gliedstaaten in der 1. Klasse und andere Gliedstaaten in der 2. Klasse fahren.



Patricia Creutz-Vilvoye
Fraktionsvorsitzende
CSP



... warten gewaltige Herausforderungen auf uns! Der Mangel an freien Altenheimplätzen, die Überlastung der Krankenhäuser und der allgemeine Fachkräftemangel im Pflegebereich beschäftigen die Träger der Krankenhäuser, Seniorenheime, Anbieter von Pflegedienstleistungen und die Politik seit Jahren. Ostbelgien bleibt dabei nicht verschont. Wenn sich Ostbelgien weiterhin als Standort empfehlen will, dann muss der Fachkräftemangel im Pflegebereich unbedingt beseitigt werden.

Auch unsere mittelständischen Unternehmen leiden unter Fachkräftemangel. Wer also die Betriebsstrukturen in Ostbelgien nicht verweisen lassen, sondern die Beschäftigungssituation stabil halten will, muss für eine Ausbildungsinitiative – nicht nur in aktuellen Mangelberufen – sorgen. Wir müssen wesentlich stärker dafür sorgen, dass junge Menschen aus Ostbelgien hier wohnen können. Der Eigenanteil für die Schaffung eines Eigenheims ist kaum aufzu-

bringen. Schon jetzt ist absehbar, dass auch ein Angebot für Menschen im mittleren Einkommensbereich geschaffen werden muss. Privaten Anlegern muss die Möglichkeit eröffnet werden, Gesellschaften zu gründen, die mit privatem und öffentlichem Kapital neuen bezahlbaren Wohnraum schaffen. Als große Volkspartei stellt sich die CSP diesen Herausforderungen und ist bereit, Verantwortung für die Zukunft unserer Heimat zu übernehmen.



Kirsten Neycken-Bartholemy
Fraktionsvorsitzende
SP



... bleibt noch eine Menge zu tun. In vielen Bereichen besteht Verbesserungsbedarf und neue Herausforderungen warten darauf, bewältigt zu werden. Dazu gehören:

- Der Abbau von Ungerechtigkeiten. Herkunft und familiärer Hintergrund beeinflussen auch hierzulande die Lebenschancen und müssen durch eine progressive Sozialpolitik ausgeglichen werden.
- Die Bekämpfung des Klimawandels.

Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft kann zum Erreichen der Klimaziele und zum Erhalt der Natur einen wichtigen Beitrag leisten.

- Die Steigerung der Bildungsqualität. Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Lebenschance und eine umfängliche DG-Zuständigkeit.
- Die Gewährleistung der Sicherheit im Alltagsleben. Dazu gehört die Stärkung der

Kaufkraft, der Erhalt des Arbeitsplatzes und der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum. All das kann die Deutschsprachige Gemeinschaft mitgestalten.

- Der Ausbau der Autonomie. Um noch besser handeln zu können, muss die Deutschsprachige Gemeinschaft mit angemessenen Finanzausstattungen für alle Angelegenheiten zuständig werden, die nicht in der Verantwortung des Föderalstaates liegen.



Michael Balter
Fraktionsvorsitzender
VIVANT



Wir sollten uns in den nächsten Jahren auf das Wesentliche besinnen und zunächst die Kernzuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vernünftig und mit möglichst wenig Verwaltungsaufwand ausgestalten. Die aufgeblähte Bürokratie und der in den letzten Jahrzehnten stark angewachsene Verwaltungsapparat bereiten uns Sorgen. Die laufenden (fixen) Kosten steigen von Jahr zu Jahr, die Inflation hat diese Situation weiter verschärft.

Ein Bürokratieabbau in den Verwaltungen und eine Kostenreduktion im gesamten politischen Apparat sind längst überfällig. Es bleibt abzuwarten, ob dies konsequent vorangetrieben wird. Erst wenn dies geschehen ist, sollte sich die Deutschsprachige Gemeinschaft um weitere Zuständigkeiten bemühen. Eine omnipotente Deutschsprachige Gemeinschaft ist ungesund. Wir von Vivant sind der Meinung, dass Freiheit und Eigenverantwortung

der Bürger gestärkt werden müssen: bei gleichzeitigem Abbau und Zurücknahme staatlicher Bevormundung. Einerseits sollte der Staat grundlegende Dinge wie Verkehr, Trinkwasserversorgung, Schulen, Renten, Sportinfrastruktur usw. gesetzlich regeln. Ansonsten darf er nicht durch Einmischung die individuelle Freiheit der Bürger immer weiter einschränken. Andererseits darf der Bürger nicht in dem Glauben gelassen werden, der Staat könne alles regeln.



Freddy Mockel
Fraktionsvorsitzender
ECOLO



... müssen wir die bisher erhaltenen Zuständigkeiten nutzen, um die Weichen für die Zukunft zu stellen. Für die Menschen und für die Umwelt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es wichtig, eine nachhaltige, enkeltaugliche Zukunft zu schaffen. Dazu brauchen wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mehr Mut zur Veränderung. Wir brauchen eine kindgerechtere Bildungspolitik und mehr Bildungsgerechtigkeit, eine optimierte Verwaltung, mehr

Bürgermitsprache und den konsequenten Schutz unserer Lebensgrundlagen: der natürlichen und landwirtschaftlichen Flächen und des Wassers. Wir haben als Gemeinschaft die Verantwortung, mit der neuen Zuständigkeit Raumordnung die Auswirkungen der Klimakrise abzumildern. Statt ständig neue Zuständigkeiten zu fordern, müssen in den nächsten Jahren prioritär alle Zuständigkeiten besser und zukunftssicherer gestaltet werden. Kommt es zu einem „Belgien zu

viert“, sollte die Deutschsprachige Gemeinschaft ein gleichberechtigter Partner sein. Dies ist aber kein Selbstzweck. Schon jetzt ist es schwierig, alle Zuständigkeiten kompetent abzudecken. Schon jetzt brauchen wir mehr Kooperation und mehr DG-interne Autonomie, um nicht an uns selbst zu ersticken: mehr Autonomie gegenüber der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Gemeinden, für die Organisationen und Vereine, für den einzelnen Bürger.



Evelyn Jadin
Fraktionsvorsitzende
PFF



Ich bin davon überzeugt, dass sich die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch in den kommenden Jahren weiterhin positiv und dynamisch entwickeln wird. Das bedeutet aber auch, dass wir eng mit den anderen Gliedstaaten des Landes zusammenarbeiten müssen, um abgestimmte und ausgewogene Lösungen zu finden. Wir müssen auch weiterhin in die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region investieren, indem wir Innovation, Unter-

nehmertum und die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze fördern. Es ist von entscheidender Bedeutung, unsere lokalen Unternehmen zu unterstützen, unsere Attraktivität für Investitionen zu erhöhen und eine umweltfreundliche Kreislaufwirtschaft zu fördern. Außerdem muss unsere Zusammenarbeit mit anderen Regionen in Belgien und in Europa gestärkt werden. Durch den Aufbau starker Partnerschaften können wir Wissen austauschen, unsere gemeinsamen

Interessen fördern und uns aktiv an den Debatten und Entscheidungen beteiligen, die unser aller Zukunft gestalten.

Die Zusammensetzung des Parlaments

Stellen Sie den Abgeordneten am 10.09. Ihre Fragen!

REGIERUNG

- Klinkenberg Lydia Ministerin ProDG
- Weykmans Isabelle Ministerin PFF
- Antoniadis Antonios Minister SP
- Paasch Oliver Ministerpräsident ProDG
- Grommes José 1. Sekretär ProDG
- Servaty Charles Präsident SP
- Thomas Stephan Greffier

Abgeordnete:

- Ossemann Alfred* (SP)
- Threinen Odette* (ECOLO)
- Kelleter Anne* (ECOLO)
- Mauel Christine* (PFF)
- Müller Daniel* (PFF)
- Jerusalem Andreas (ECOLO)
- Mockel Freddy (ECOLO)
- Voss-Werding Inga (ECOLO)
- Lambertz Karl-Heinz (SP)
- Spies Patrick (SP)
- Piront Shayne (PFF)
- Neycken-Bartholemy Kirsten (SP)
- Freches Gregor (PFF)
- Jadin Evelyn (PFF)
- Stiel Diana (VIVANT)
- Baker Michael (VIVANT)
- Mertes Alain (VIVANT)
- Heiners Raymond (ProDG)
- Eisen Kathy (ProDG)
- Göbbels Lisa (ProDG)
- Scholzen Liesa (ProDG)
- Cremer Freddy (ProDG)
- Arumont Pascal* (CSP)
- Schrobitgen Jacques* (CSP)
- Huppertz Jolyn** (CSP)
- Houben-Meessen Sandra (CSP)
- Fauels Stephanie (CSP)
- Kraft Colin (CSP)
- Creutz-Vilvoye Patricia (CSP)
- Nelles Robert (CSP)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird von 25 Abgeordneten gebildet.
 Die Regierung nimmt an den Parlamentsitzungen teil.
 *Die deutschsprachigen Vertreter aus anderen Parlamenten wohnen den Sitzungen mit beratender Stimme bei.
 **Frau Huppertz hat mitgeteilt, dass Sie die CSP-Fraktion zu Beginn der Sitzungsperiode 2023-2024 verlassen wird.

Parlament

Regierung



Aufgaben
Legislative → gesetzgebende Gewalt

- verabschiedet die Gesetze (Dekrete)
- wählt und kontrolliert die Regierung
- legt den Haushalt und die Finanzmittel fest

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
 25 Abgeordnete, darunter der Parlamentspräsident

Die Abgeordneten werden alle 5 Jahre von der Bevölkerung gewählt.

Adresse:
 Platz des Parlaments 1, 4700 Eupen

Aufgaben
Exekutive → ausführende Gewalt

- macht Vorschläge zur Gestaltung der Politik und setzt diese um
- vertritt die Gemeinschaft nach außen
- organisiert die Verwaltung der Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
 4 Minister, darunter der Ministerpräsident

Die Minister werden vom Parlament gewählt.

Adresse:
 Klötzerbahn 32, 4700 Eupen



Save the Date

Tag der offenen Tür
Feuerwehr- und Rettungsdienst Eupen
am 10. September 2023

Program: Hüpfburg, Atemschutzübung für Groß und Klein, verschiedene Vorführungen von Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei

Der ostbelgische Bürgerdialog

Demokratie hautnah erleben



Ziele

1. Bürgerbeteiligung etablieren

„permanent“: Dekret, Budget, Personal

2. Verständnis für politische Entscheidungen stärken

(also die demokratischen Institutionen stärken)

WIE? Austausch / Dialog zwischen Bürger und Politik:

- Bürger erfahren, wie ein Politiker arbeitet
- Politiker erfahren, was den Bürgern wichtig ist (Themenvorschläge, Empfehlungen)

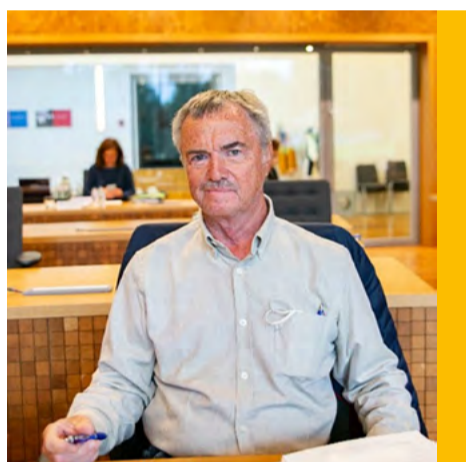
Entstehungsgeschichte



- Testprojekt: **Kinderbetreuung** (Herbst 2017)

- Expertenteam arbeitet „**Ostbelgien-Modell**“ aus (Frühjahr 2018)

- Parlament verabschiedet **gesetzliche Grundlage**: Dekret zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Februar 2019)



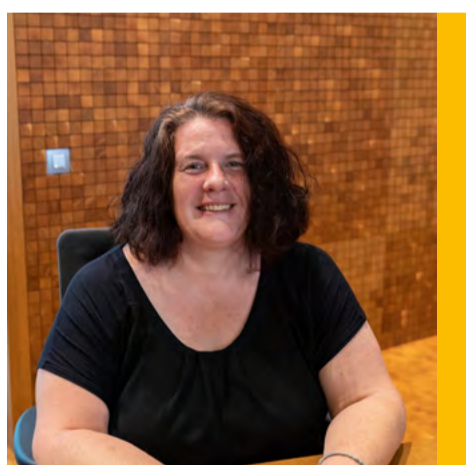
„Selbst an der Politik teilzunehmen ist schon anders, als sie nur oberflächlich zu verfolgen. Durch meine Arbeit hier habe ich die Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft besser kennenlernen können, z. B. wie Ausschusssitzungen funktionieren.“

Gérard COLLUBRY, Raeren



„Ich kann das hier auf jeden Fall weiterempfehlen, weil man hier wirklich die Möglichkeit hat, seine Meinung kundzutun und an den politischen Prozessen teilzuhaben.“

Edgar HEYEN, Amel



„In den Versammlungen trifft man ganz andere Leute als die, mit denen man sonst Zeit verbringt. Dadurch kommen Argumente zum Vorschein, an die man anfangs selbst gar nicht hätte denken können. Durch den Austausch kann man gute Lösungen und verschiedene Ansätze finden.“

Rachel DROUVEN, Eupen



Politik?
Ich habe
andere
Sorgen!

Die Politiker
machen
sowieso,
was sie
wollen!

Beim Bürgerdialog hat man die Möglichkeit, mitzureden und Einblick in die Politik zu erhalten.

BESUCHEN SIE UNS BEIM
TAG DER OFFENEN TÜR DES PARLAMENTS
am **10.09.2023**.



1. Etage
Platz des Parlaments 1
4700 Eupen

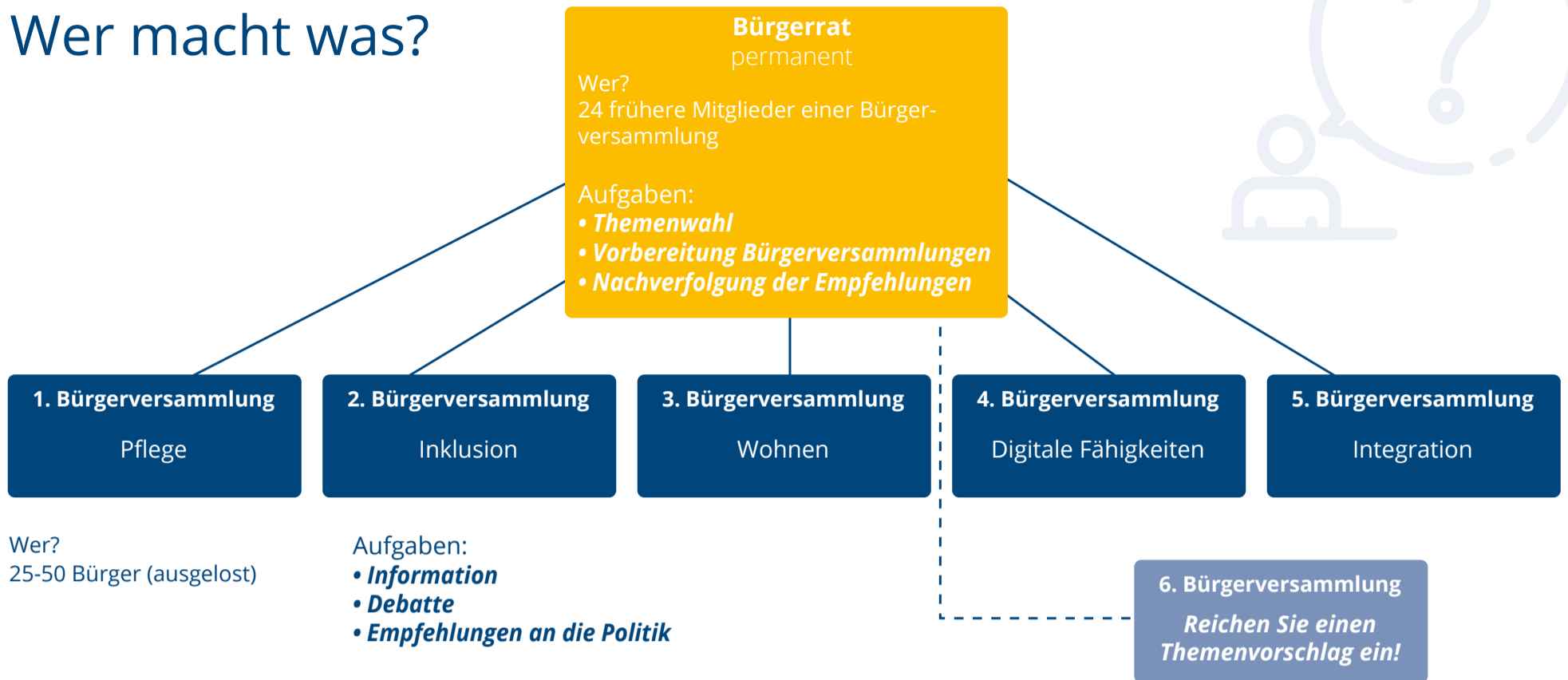
Bürgerdialog
in Ostbelgien

buergerdialog@pdg.be | www.buergerdialog.be

[buergerdialog.ostbelgien](https://www.facebook.com/buergerdialog.ostbelgien)
 [buergerdialogostbelgien](https://www.instagram.com/buergerdialogostbelgien)

► Zwei Gremien

Wer macht was?



WAS MACHT DIE BÜRGERVERSAMMLUNG?

EMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK FORMULIEREN

Die Bürgerversammlungen bilden das punktuelle Gremium des Bürgerdialogs: Sie bestehen jeweils aus rund 30 ausgelosten Bürgern.

Sie erhalten vom Bürgerrat den Auftrag, sich mit einem bestimmten Thema zu befassen. Die Mitglieder einer Bürgerversammlung können sich zuerst in das Thema einarbeiten und dazu Fachleute anhören. Danach wird darüber diskutiert, welche Empfehlungen an die Politik zu richten sind und man einigt sich auf einen gemeinsamen Text.

Als Ergebnis der Arbeiten spricht die Bürgerversammlung Empfehlungen für das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus.

Die Gruppe löst sich wieder auf, wenn der Auftrag erfüllt ist. Für jedes weitere Thema wird eine neue Gruppe zusammengestellt.



WELCHE BÜRGERVERSAMMLUNGEN HAT ES BIS JETZT GEGEBEN?



WAS MACHT DER BÜRGERRAT?



UMSETZUNG DER EMPFEHLUNGEN NACHVERFOLGEN

Der Bürgerrat ist das ständige Gremium des Bürgerdialogs. Er besteht aus 24 ehemaligen Mitgliedern von Bürgerversammlungen. Er organisiert und überwacht den gesamten Prozess:

Er entscheidet über die Themen, die die Bürgerversammlungen besprechen sollen. Dabei kann er sich auf Themenvorschläge aus der Öffentlichkeit berufen. Dazu organisiert er jährlich einen Aufruf.

Er entscheidet auch über die praktischen Fragen der Bürgerversammlungen (Anzahl Versammlungen, Zeitpunkt, Dauer, Ort, Auswahl von Fachleuten, Information, ...).

Er ist für die Nachbereitung verantwortlich: Er wertet den Ablauf der Bürgerversammlungen aus, zieht Rückschlüsse für kommende Bürgerversammlungen und verfolgt die Umsetzung der Empfehlungen der Bürgerversammlungen durch die Politik.



Platz des Parlaments 1 - 4700 Eupen



**10.
09.
23**

Tag der
**OFFENEN
TÜR**

von 10.00 bis 18.00 Uhr

PROGRAMM

Schnitzeljagd und Animationen
für Groß und Klein

11.00 Uhr, 13.00 Uhr, 15.00 Uhr:
Austausch mit den Abgeordneten

16.00 Uhr:
Austausch mit dem Parlamentspräsidenten

PROGRAMM

10.00 Uhr: **Kurze Eröffnung der
Karikaturen-Ausstellung**

10.30 - 13.00 Uhr: **Übertragung BRF2-
Schlagerparade**

14.00 - 15.00 Uhr: **Livemusik**

15.30 - 18.00 Uhr: **Übertragung BRF1-
Sporttreff**

Studioführungen:
Ab 11.00 Uhr stündlich bis 16.00 Uhr

BRF



BRF-Funkhaus Kehrweg 11 - 4700 Eupen

Ostbelgien

► Politische Bildung im Parlament

Angebote für Kinder und Jugendliche

GRUNDSCHULE

Im Dschungel wird gewählt So funktioniert Demokratie 1./2. Schuljahr

Dauer: 45-60 Minuten
Sprache: Deutsch
Ort: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Thema: Was bedeutet es, in einer Demokratie zu leben?

Augen auf Ostbelgien 1./2. Schuljahr

Dauer: 60 Minuten
Sprachen: Deutsch, Französisch
Ort: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Thema: Auf spielerische Art einen Einblick ins PDG und in die Deutschsprachige Gemeinschaft geben

Entdeckungsreise durch Ostbelgien 3./4. Schuljahr

Dauer: 60-90 Minuten
Sprachen: Deutsch, Französisch, Niederländisch
Ort: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Thema: Wozu brauchen wir ein Parlament? Was ist die Deutschsprachige Gemeinschaft?

Eine neue Straße für Felddorf? 5./6. Schuljahr

Dauer: 120 Minuten
Sprache: Deutsch
Ort: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Thema: Interaktives Rollenspiel – politische Entscheidungsprozesse aktiv erleben, Gemeinwohl und Kompromisse



Demokratie Schritt für Schritt

SEKUNDARSCHULE

Demokratie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Was geht mich das an? 1./2. Jahr 3./4. Jahr 5./6. Jahr

Dauer: 60-90 Minuten
Sprache: Deutsch
Ort: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Thema: Instanzen der repräsentativen Demokratie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kennenlernen

Pro- und Contra-Diskussion 1./2. Jahr 3./4. Jahr 5./6. Jahr

Dauer: 30 Minuten
Sprachen: Deutsch, Französisch, Niederländisch
Ort: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Thema: Debatte, Abstimmung, Konsens

Democracy 1./2. Jahr 3./4. Jahr 5./6. Jahr

Dauer: 90-120 Minuten
Sprachen: Deutsch, Französisch, Niederländisch
Ort: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Thema: Interaktives Rollenspiel – Teilhabe an politischen Prozessen

Demokratiefabrik 3./4. Jahr 5./6. Jahr

Dauer: 60 Minuten
Sprachen: Deutsch, Französisch
Ort: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Thema: Interaktive Auseinandersetzung mit demokratischen Themen



Mehr Infos & Buchung:

**Besucherdienst
des Parlaments**
info@pdg.be
087 / 31 84 00

Die Angebote der politischen Bildung richten sich an Schüler, Lehrlinge und Studierende.

Selbstverständlich gibt es auch Angebote für Besuchergruppen.

Für die kleinen Ostbelgier



Belgien ist eine **Demokratie**. Das bedeutet unter anderem, dass der Staat die **Menschenrechte** und **Gesetze** achtet. Es bedeutet aber auch, dass die Bürger ihre **Meinung** sagen dürfen und wählen dürfen.

Es wäre viel zu umständlich, jeden einzelnen Bürger für jede Entscheidung nach seiner Meinung zu fragen. Deshalb wählen die Bürger ihre **Volksvertreter**.

Da es innerhalb der Bevölkerung unterschiedliche Meinungen gibt, ist es wichtig, dass es auch unterschiedliche Parteien gibt, die sich zur **Wahl** stellen.

Eine **Partei** ist eine **Gruppe** von Menschen, die zu verschiedenen politischen Themen eine ähnliche Meinung hat. Jeder Bürger kann sich einer Partei anschließen. Alle fünf Jahre wird das **Parlament** der **Deutschsprachigen Gemein-**

schaft gewählt. Die Zeit zwischen zwei Wahlen nennt man eine **Legislaturperiode**.

Wer geht wählen? Alle **Belgier** ab 18 Jahren, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnen.

Die nächsten Wahlen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft finden am **Sonntag, 9. Juni 2024** statt.

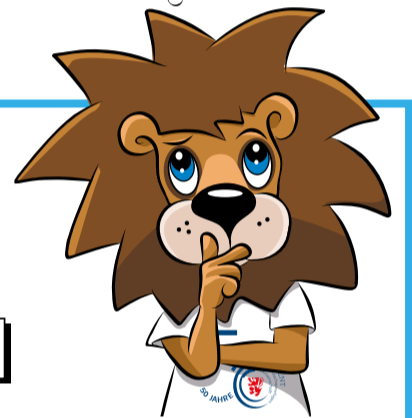
Nach den Wahlen vom 9. Juni 2024 wird das Parlament zusammengestellt. Das Parlament ist ein **Rat**, der aus Volksvertretern besteht. Man nennt diese Vertreter auch **Parlamentarier** oder **Abgeordnete**.

Es werden 25 Abgeordnete aus unterschiedlichen Parteien ins Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählt. Je mehr **Stimmen** eine Partei bei den Wahlen erhält, desto mehr **Sitze** bekommt sie im Parlament.

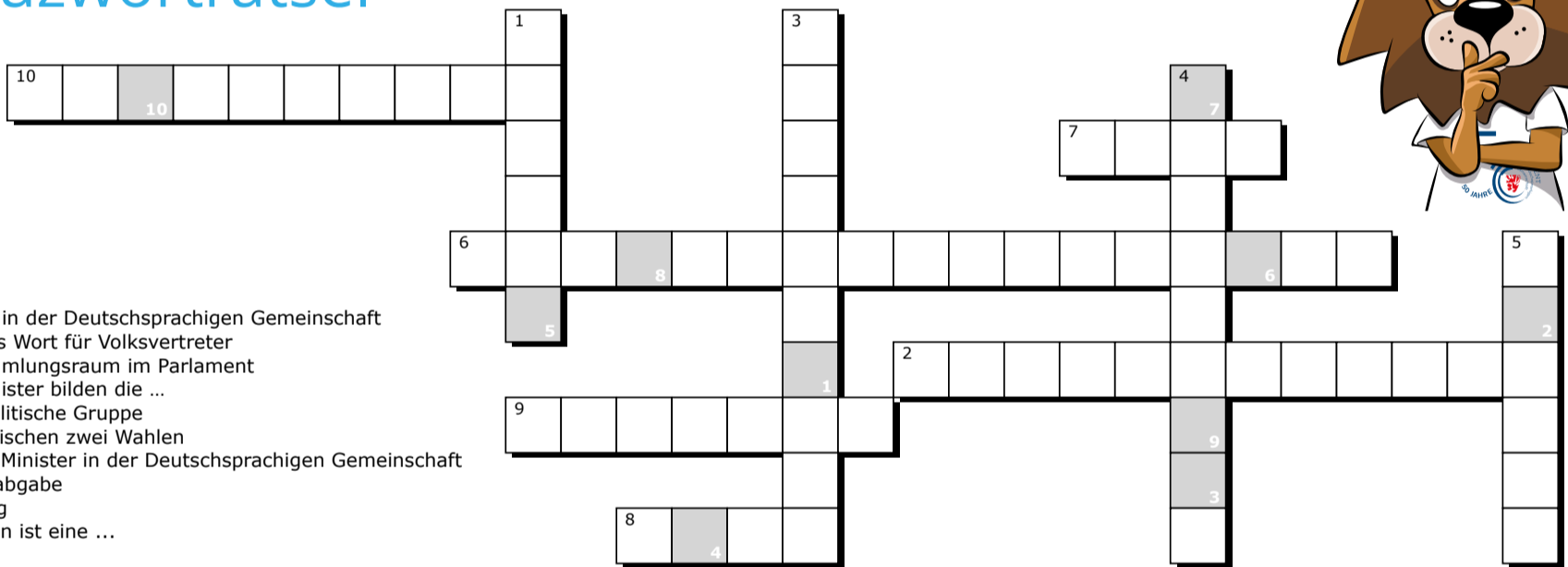
Die 25 Abgeordneten versammeln sich im **Plenarsaal**, um gemeinsam Entscheidungen zu treffen.

Das Parlament ist die **gesetzgebende Gewalt (Legislative)**. Das bedeutet, dass es über die **Gesetze** entscheidet. Das Parlament wählt zu Beginn einer Legislaturperiode die **Minister**. In der **Deutschsprachigen Gemeinschaft** gibt es vier Minister. Sie bilden zusammen die **Regierung**. Die Regierung ist die **ausführende Gewalt (Exekutive)**. Die Minister müssen dafür sorgen, dass die Gesetze umgesetzt werden.

Übrigens: In der Deutschsprachigen Gemeinschaft nennt man ein **Gesetz** ein **Dekret**.



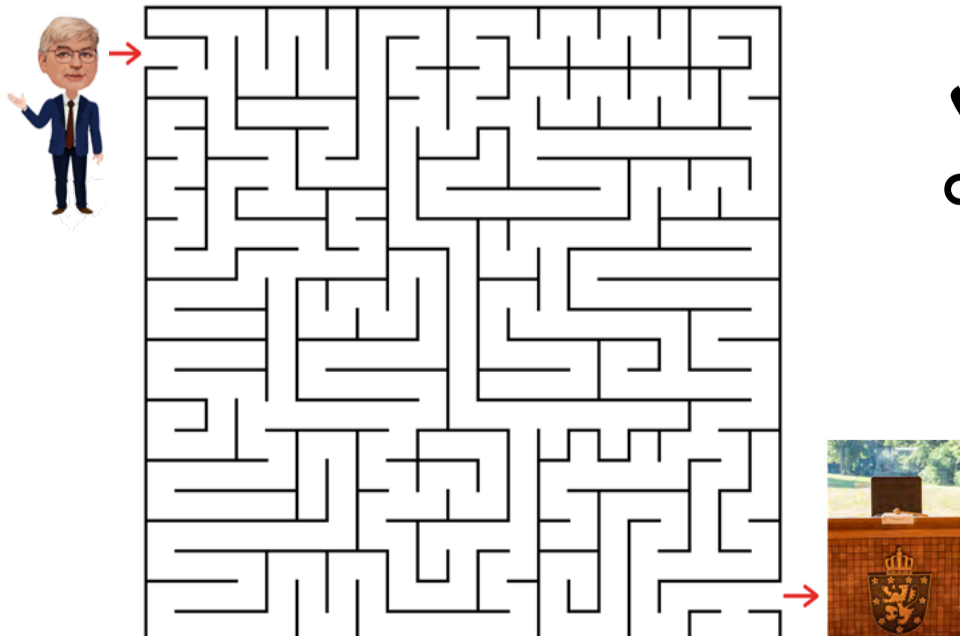
Kreuzworträtsel



- 1. Gesetz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- 2. anderes Wort für Volksvertreter
- 3. Versammlungsraum im Parlament
- 4. Die Minister bilden die ...
- 5. eine politische Gruppe
- 6. Zeit zwischen zwei Wahlen
- 7. Anzahl Minister in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- 8. Stimmabgabe
- 9. Wahltag
- 10. Belgien ist eine ...



Führe den Parlamentspräsidenten zu seinem Arbeitsplatz



Notiere **HIER** das Lösungswort des Kreuzworträtsels und bringe es am 10. September 2023 zum Parlament. **Es erwartet dich eine kleine Überraschung.**



Verantwortlicher Herausgeber:
Stephan Thomas, Greffier
Konzept und Redaktion:
Dienst für Öffentlichkeitsarbeit
Gestaltung: C. Cujai
Fotos: C. Keutgen
Druck: Kliemo, Hütte 53 B-4700 Eupen
© Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Platz des Parlaments 1
B-4700 EUPEN
Tel.: +32 (0)87/31 84 00
info@pdg.be
www.pdg.be